

Demontierte Demokratie

Von Nicola Glass

Dezember 2017

Kambodschas Regierung verkommt zur Diktatur. Der Westen, der jahrzehntelang Gelder in das verarmte, einst von Krieg und Konflikten zerrissene Land pumpfte, scheint wenig dagegen unternehmen zu können, debattiert aber über weitere konkrete Schritte. Indes hat Machthaber Hun Sen längst einen anderen Unterstützer gefunden – nämlich China.

Eine solch drastische Demontage der Demokratie, wie sie im Verlauf von 2017 stattfand, hatten viele nicht für möglich gehalten. Doch mittlerweile ist klar: Kambodscha, in dem sich über viele Jahre mühevoll und langsam demokratische Strukturen und eine vergleichsweise lebendige Zivilgesellschaft entwickelt hatten, ist auf dem Weg in die Diktatur. Bezeichnend dafür war unter anderem eine Überschrift in der Zeitung »Phnom Penh Post« vom 11. Dezember: »Feierlichkeiten zum Tag der Menschenrechte aus Angst vor Unterdrückung auf ein Minimum beschränkt«. Im Gegensatz zu ein paar Jahren davor, als Demonstrant*innen einem Verbot der kambodschanischen Regierung getrotzt hätten und auf den Straßen der Hauptstadt Phnom Penh und anderswo im Land offen für eine Justizreform, die Freilassung politischer Gefangener und Meinungsfreiheit eingetreten seien, hätten Bürgerrechtler*innen und Gewerkschafter*innen es vorgezogen, den jährlich am

10. Dezember begangenen »Internationalen Tag der Menschenrechte« dieses Mal möglichst unauffällig und hinter verschlossenen Türen zu begehen.

Ein Grund dafür ist, dass Premierminister Hun Sen seit dem Sommer zunehmend rigoros gegen Kritiker*innen vorgeht. Denn die Opposition des Landes hat sich mehr und mehr zu einer ernsthaften Rivalin für die regierende »Kambodschanische Volkspartei« (CPP) entwickelt. Bei den Kommunalwahlen im Juni 2017 hatte Kambodschas oppositionelle »Nationale Rettungspartei« (CNRP) deutliche Zugewinne erzielt. Von insgesamt 1.646 Gemeinden gewann die Opposition 489; bei der Abstimmung 2012 waren es gerade mal 40 gewesen, bevor sich die damalige »Sam-Rainsy-Partei« und die »Menschenrechtspartei« zur CNRP zusammen geschlossen hatten. Allgemein galt die kommunale Abstimmung als Testlauf für die Parlamentswahlen im Juli



Die Ermordung des populären Aktivisten Kem Ley erschütterte die kambodschanische Gesellschaft.
© LICADHO

2018. Dass die CNRP zunehmend Zuspruch in der Wählerschaft genießt, zeichnete sich bereits bei den letzten allgemeinen Wahlen 2013 ab: Inmitten massiver Manipulationsvorwürfe gegen Hun Sen und seine CPP war es der Opposition gelungen, 55 von 123 Parlamentssitzen zu gewinnen. Hun Sens CPP errang 68 Sitze. Das war ein deutlicher Einbruch, nachdem letztere beim Urnengang 2008 noch 90 Mandate auf sich vereinigen konnte.

Bei der regierenden Elite dürften schon seit langem die Alarmglocken geläutet haben. Nun aber fürchteten der seit über 30 Jahren herrschende Hun Sen und seine CPP ernsthaft, die nächsten Parlamentswahlen zu verlieren. Hun Sens politisch motivierter Feldzug der vergangenen Wochen und Monaten richtete sich insbesondere gegen die parlamentarische Opposition, Nichtregierungsorganisationen und unabhängige Medien.

»Abstieg in die absolute Diktatur«

»Abstieg in die absolute Diktatur« lautete denn auch die Schlagzeile der Zeitung »Cambodia Daily« vom 4. September. Es war die letzte Ausgabe des englischsprachigen Blattes, das den Betrieb nach mehr als 24 Jahren einstellen musste, weil es eine angebliche Steuerschuld nicht begleichen konnte. Vergeblich hatte die »Cambodia Daily« versucht, sich gegen diesen Willkürakt zur Wehr zu setzen. Während die Be-

hörden aus dem Blauen heraus erklärt hatten, die »Cambodia Daily« schulde dem südostasiatischen Land 6,3 Millionen US-Dollar an Steuern, ging die 1993 vom amerikanischen Journalisten Bernard Krisher gegründete Zeitung in die Offensive und bot an, man könne ihre Bilanzen überprüfen. Hun Sen brüskierte die Blattmacher dagegen mit der Forderung, dass diese »entweder zahlen oder ihre Sachen packen sollten«. Zudem hatte er die Zeitung als »Dieb« und deren kambodschanische Mitarbeiter*innen als »Knechte von Ausländern« verunglimpft.

Kurz davor waren bereits mehr als 30 unabhängige Radiosender in 20 Provinzen gezwungen worden, dicht zu machen. Ohne Vorwarnung habe das Informationsministerium die Sender »Women's Media Centre of Cambodia« und »Mohanokor« am 23. August angewiesen, ihren Betrieb einzustellen, weil sie angeblich gegen Auflagen ihrer Lizenzvergabe verstoßen hätten, kritisierte die Organisation »Reporter ohne Grenzen«, auf deren aktueller Rangliste zur weltweiten Pressefreiheit Kambodscha Platz 132 von 180 Ländern belegt. Darüber hinaus waren weitere Radiostationen geschlossen worden, die Programme von »Radio Free Asia« und »Voice of America« übernommen und übertragen hatten. Indem man deren Sendebetrieb eingestellt habe, sei eine wichtige Informationsquelle für Bewohner*innen in ländlichen Regionen verschwunden, die nur einen beschränkten Zugang zum Internet hätten, kritisierte die kambodschanische Nichtregierungsorganisation Licadho.

Das Büro des US-gestützten »National Democratic Institute« (NDI) wurde ebenfalls geschlossen. Behörden beschuldigten das NDI, es habe üble Absichten gehegt, indem es der oppositionellen »Nationalen Rettungspartei« CNRP einen Plan zum Sturz der Regierung geliefert habe. Offiziell begründete das kambodschanische Außenministerium die Schließung damit, das Institut habe sich nicht korrekt registriert. Auf dessen Webseite erklärte NDI-Präsident Kenneth Wollack am 23. August: »Wir sind überrascht und traurig angesichts dieser Entwicklung.« Während seiner 25 Jahre in dem südostasiatischen Land habe das NDI mit allen größeren Parteien zusammen gearbeitet, einschließlich der Regierungspartei.

Demontage der Oppositionspartei CNRP

Dann ging es Schlag auf Schlag weiter: An jenem Wochenende Anfang September, bevor die »Cambodia Daily« offiziell das »Aus« des Blattes verkündete, wurde der Vorsitzende der CNRP, Kem Sokha, unter dem Vorwurf des Landesverrats verhaftet. Er habe mit Ausländern – gemeint waren die USA – gegen sein Heimatland konspiriert, hieß es aus Regierungskreisen. Seine Tochter erklärte, bis zu 200 Polizisten hätten in der Nacht das Haus ihres Vaters gestürmt und ihn und seine Leibwächter abgeführt. Der Zeitung »Phnom Penh Post« zufolge war der Oppositionspolitiker in ein Provinzgefängnis im Osten des Landes gebracht worden, offenbar um Demonstrationen in der Hauptstadt Phnom Penh zu vermeiden.

Die CNRP hatte die Festnahme kritisiert und erklärt, ihr Vorsitzender genieße parlamentarische Immunität. Daher müsse die Regierung ihn sofort auf freien Fuß setzen. Es dauerte jedoch nicht lange, bis die größte und populärste Oppositionspartei selbst aufs politische Abstellgleis geschoben wurde: Mitte November erklärte Kambodschas oberstes Gericht diese für aufgelöst. Die Richter begründeten ihre Entscheidung damit, die »Nationale Rettungspartei« habe versucht, mithilfe Washingtons die Regierung unter Hun Sen zu stürzen. Zudem wurde 118 Parlamentariern der CNRP für fünf Jahre verboten, sich in der Politik zu betätigen.

Etliche Oppositionelle sind bereits ins Ausland geflohen, darunter auch CNRP-Vizechefin Mu Sochua. Die Stellvertreterin Kem Sokhas hatte nach eigenen Aussagen einen anonymen Tipp bekommen, dass ihre Verhaftung unmittelbar bevorstehe. Nach ihrer Flucht sagte sie unter anderem der Zeitung »The Sydney Morning Herald«, ohne eine echte Opposition und inmitten des weit verbreiteten Grades an Angst gebe es 2018 keine Hoffnung auf freie und faire Wahlen: »Die Demokratie in Kambodscha ist gerade dabei, sich äußerst rapide bis zu jenem Punkt auszuhöhlen, an dem keine weiteren oppositionellen Kräfte mehr übrig sind, um die Diktatur zu bekämpfen.« Nach einem Bericht der »Phnom Penh Post« vom 11. Dezember legten mehrere hochrangige Vertreter der aufgelösten Partei Beschwerde beim Obersten Gericht ein. Doch

die Chancen, das Verbot rückgängig machen zu können, tendieren gegen Null.

Kingsley Abbott von der Südostasien-Sektion der in Genf ansässigen »Internationalen Juristenkommission« hatte kritisiert, mit dem Verbot der CNRP griffen die Richter auf irreparable Weise in die Rechte von Millionen Kambodschaner*innen ein, ihre politischen Repräsentant*innen frei zu bestimmen. Und Amnesty International erklärte, das Urteil bewiese erneut, dass die Justiz in Kambodscha immer wieder als verlängerter Arm der Regierung diene, um Kritiker zum Schweigen zu bringen. So hatte die »Phnom Penh Post« bissig angemerkt, dass der Vorsitzende Richter Dith Muntty ein hochrangiges Mitglied von Hun Sens regierender »Kambodschanischer Volkspartei« (CPP) sei und seit Jahrzehnten enge Verbindungen zum Premierminister unterhalte. In einem offenen Brief vom 22. November haben internationale Nichtregierungsorganisationen, darunter die Stiftung Asienhaus in Köln, Kambodschas Autoritäten aufgefordert, alle Anklagen und Gerichtsentseide gegen die Opposition zurückzunehmen und das Justizsystem zu reformieren. Auch müsse die Kriminalisierung kritischer und abweichender Stimmen ein Ende haben.

Gezielte Repressionen

Auffällig ist, dass sich die Repressionen in erster Linie gegen Institutionen richten, die den Westen, insbesondere die Vereinigten Staaten, repräsentieren beziehungsweise von ihnen finanziert werden, oder – wie im Fall der oppositionellen CNRP – gegen eine Partei, die Hun Sen der Kollaboration mit Washington verdächtigt. Die Ironie ist, dass es vor allem westliche Geberländer waren, die auf Grundlage der Pariser Friedensverträge von 1991 immense Summen in das verarmte, von Bürgerkrieg und Khmer-Rouge-Terror gezeichnete Land pumpeten. Jahrelang seien die Zusagen von Hunderten Millionen Dollar an Entwicklungshilfe ein starker Anreiz für Hun Sen gewesen, den äußerlichen Schein von Demokratie selbst dann aufrecht zu erhalten, als seine Regierung Gewalt, Einschüchterung und Patronage benutzte, um Wahlen zu gewinnen, schrieb Sebastian Strangio, Journalist und Autor des Buches »Hun



*Tausende
Kambodschaner*innen
sammelten
sich zum
Trauerzug
von Kem Ley.
© LICADHO*

Sen's Cambodia«, in einem am 17. November veröffentlichten Artikel für das US-Magazin »Foreign Policy«.

Dass es nach der Unterzeichnung der Pariser Abkommen lediglich bei Lippenbekenntnissen blieb, künftige Menschenrechtsverletzungen zu ahnden, dokumentierte Human Rights Watch in einem im November 2012 veröffentlichten Bericht: Innerhalb dieser 20 Jahre seien mehr als 300 Menschen bei politisch motivierter Gewalt und Anschlägen umgekommen. »Bei keinem dieser Fälle kam es zu einer ernsthaften Untersuchung oder einer Verurteilung«, so Human Rights Watch. Dabei sei die Verwicklung führender Angehöriger des kambodschanischen Beamtenapparates sowie Mitgliedern des Militärs, der Polizei und des Geheimdienstes in Fälle schwerer Menschenrechtsverletzungen mehrfach durch die UNO, internationale Organisationen und Medien dokumentiert.

»Anstatt die für die Morde und andere schwere Menschenrechtsverletzungen Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen, hat Premierminister Hun Sen diese sogar gefördert und belohnt«, kritisierte Brad Adams, Asien-Chef von Human Rights Watch. Die US-Menschenrechtsorganisation verweist in diesem Zusammenhang beispielsweise auf die Ermordung zahlreicher Oppositioneller während des UN-Friedenseinsatzes 1992 und 1993 sowie auf die 100 außergerichtlichen Hinrichtungen nach Hun Sens blutigem Putsch im Juli 1997 gegen seinen damaligen Co-Premier Prinz Norodom Ranariddh.

In jüngerer Vergangenheit seien unter anderem der Oppositionspolitiker Om Radsady 2003, der populäre Gewerkschaftsführer Chea Vichea 2004, der investigative Journalist Khim Sambo und dessen Sohn 2008 sowie der Umweltaktivist Chut Wutty 2012 umgebracht worden.

Erst kürzlich erklärte Hun Sen wenig verbrämt, was er von den Pariser Verträgen hält: In einem Artikel vom 12. Oktober zitierte die »Phnom Penh Post« den Premier mit den Worten, die Pariser Verträge seien ein »Geist«, da sie nach über 25 Jahren nur noch wenig Relevanz hätten – »es sei denn, die Roten Khmer kommen zurück«. Stattdessen warf Hun Sen seinerseits den USA und den Vereinten Nationen Heuchelei vor: Insbesondere letztere hätten die mörderischen Roten Khmer, die zwischen 1975 und 1979 ein Terrorregime errichtet hatten, später noch jahrelang als legitime Regierung Kambodschas anerkannt. Hun Sen, selbst ein Ex-Offizier der Roten Khmer, der 1977 zu den Vietnamesen übergelaufen war, hatte in Wahlkämpfen darauf gepocht, dass nur seine CPP Wohlstand und Frieden garantieren könne. Jede andere Partei in Regierungsverantwortung bedeute Bürgerkrieg und Chaos.

Hinwendung zu China als Investor und Partner

Indem er die Opposition und deren vermeintliche Kollaborateure faktisch ausgeschaltet hat, signalisiert Hun Sen auf provokante Weise, dass er sich dem Westen nicht verpflichtet fühlt. So hatte er Washington herausgefordert, doch sämtliche Hilfgelder zu kappen, als das US-Außenministerium – und später auch die EU – nach Auflösung der CNRP angekündigt hatte, die finanziellen Zuschüsse für die Wahlen 2018 zu streichen. Dass den Premier diese Reaktion offensichtlich nicht anfiht, liegt daran, dass Kambodscha längst einen engen Partner und verlässlichen Investor in China hat. So beliefen sich die Direktinvestitionen der Volksrepublik, die in dem südostasiatischen Land Brücken, Straßen, Dämme und Casinos baut oder mitfinanziert, Ende 2016 auf umgerechnet 11,2 Milliarden US-Dollar, wie die chinesische Nachrichtenagentur Xinhua berich-

tete. Zudem betrug in 2016 laut offizieller Angaben aus Kambodscha der Anteil Chinas an der bilateralen Entwicklungshilfe in einer Gesamthöhe von 732 Millionen US-Dollar 36 Prozent – fast vier Mal höher als derjenige der USA.

Auch in anderer Hinsicht kann sich Phnom Penh auf Peking verlassen: China fordert keinerlei Einhaltung der Menschenrechte, im Gegenteil: Kurz nach der Verhaftung von Oppositionsführer Kem Sokha betonte der Sprecher des chinesischen Außenministeriums, Geng Shuang, gegenüber Journalisten, »China unterstütze die Bemühungen der kambodschanischen Regierung, die nationale Sicherheit und Stabilität zu schützen.«

Was Phnom Penh unter dem »Schutz nationaler Sicherheit und Interessen« versteht, zeigte sich an einem Mordfall, der international Schlagzeilen gemacht hatte: Am 10. Juli 2016 war mit Kem Ley einer der bekanntesten politischen Kommentatoren und Aktivisten am helllichten Tag erschossen worden. Vor seiner Ermordung hatte er in Radiointerviews einen wenige Tage zuvor publizierten Bericht der Nichtregierungsorganisation »Global Witness« kommentiert. Darin warf »Global Witness« Familienangehörigen Hun Sens vor, ein Netzwerk geschaffen zu haben, das einzig dazu diene, das Land für eigene wirtschaftliche Interessen auszubeuten und sich persönlich zu bereichern.

Die Angehörigen des Premiers, die Schlüsselpositionen innerhalb von Politik, Militär, Polizei und Medien innehätten, seien Teilhaber oder Besitzer lukrativer Unternehmen, von denen viele Verbindungen zu internationalen Konzernen wie Apple, Nokia, Visa, Procter&Gamble, Nestlé und Honda unterhielten, führte »Global Witness« in dem Bericht mit dem Titel »Feindliche Übernahme« aus. Selbst die größte Wohltätigkeitsorganisation Kambodschas, die Rotkreuz-Gesellschaft unter Hun Sens Frau Bun Rany, werde für politische Zwecke missbraucht. »Während die Hun-Familie ein Gesamtvermögen von schätzungsweise zwischen 500 Millionen und einer Milliarde US-Dollar angehäuft hat, leben 40 Prozent der Kambodschaner weiterhin unterhalb oder nahe der Armutsgrenze«, kritisierte die Organisation. Nachdem die »Phnom Penh Post«, die damals noch bestehende »Cambodia Daily« und andere Medien



*Noch 2016 gingen weit- aus mehr Kambodschaner*innen zum Tag der Menschenrechte auf die Straße und trotzten der Staatsgewalt.
© LICADHO*

über den Report berichtet hatten, wurden sie vom Hun-Sen-Clan verbal attackiert; anonyme Drohungen folgten.

Appell von Gewerkschaftern an den Westen: **Keine Sanktionen**

Ein Ende der Repressionen in Kambodscha, das nun faktisch ein Ein-Parteien-Staat ist, ist nicht abzusehen. Wie die Zukunft aussieht, darüber lässt sich vorerst nur spekulieren. Westliche Staaten debattieren derzeit über mögliche weitere Schritte gegen Kambodschas regierende Elite. Die USA kündigten Visa- und Einreisebeschränkungen für diejenigen an, die für den Niedergang der Demokratie im Land verantwortlich seien. Indes haben kambodschanische Gewerkschafter an die USA und EU appelliert, keine Sanktionen zu verhängen – zu viele Jobs in der Textil- und Schuhindustrie stünden auf dem Spiel: »In diesem Fall wären die Fabrikarbeiter*innen am meisten davon betroffen,

weil sie auf ihr kleines Gehalt angewiesen sind, um über die Runden zu kommen«, wurde Ath Thon, ein führender Gewerkschafter, in Medien Mitte Dezember zitiert.

Zugleich riefen er und andere Arbeitnehmervertreter*innen Hun Sen dazu auf, das Gespräch mit der Opposition zu suchen, um die gegenwärtige politische Krise zu lösen. Schließlich seien alle Begünstigungen, die die heimische Industrie genieße, auf der Grundlage erfolgt, dass Kambodscha Menschenrechte und Demokratie respektiere. Damit bezog man sich insbesondere auf das Abkommen »Alles außer Waffen« – »Everything But Arms« – welches den ärmsten Ländern der Welt erlaubt, ihre Produkte zollfrei in die EU zu exportieren.

Dass westliche Sanktionen wenig dazu taugen, ein diktatorisches Regime zu stürzen, hat das Beispiel Myanmar gezeigt. Das frühere Birma war fast 50 Jahre von wechselnden Militärs regiert worden, die vor allem in China einen treuen Verbündeten hatten. Sollte auch Hun Sen weiterhin auf die Unterstützung Pekings und – wenn es nach dem Willen kambodschanischer Regierungsstellen geht – verstärkt auch Russlands bauen können, werden er und seine CPP zumindest auf absehbare Zukunft an der Macht bleiben. Gleichzeitig muss die Frage gestellt werden, inwieweit ein Regime dauerhaft bestehen kann, das einzig auf Unterdrückung und Gewalt angelegt ist. Repressionen als Mittel des Machterhalts sind eher ein Indiz der Schwäche als der Stärke.

Die Autorin

Nicola Glass ist freie Journalistin. Sie hat über dreizehn Jahre als Südostasien-Korrespondentin in Bangkok gearbeitet und ist im Herbst 2015 nach Europa zurückgekehrt. Sie ist Mitglied im Kuratorium der Stiftung Asienhaus.

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein die Stiftung Asienhaus verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global gGmbH und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wieder.

Gefördert von Engagement Global im Auftrag des



und von



Gefördert aus Mitteln des Kirchlichen Entwicklungsdienstes durch Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst

Die Stiftung Asienhaus

Die Stiftung Asienhaus folgt dem Leitbild »Menschen verbinden, Einsichten fördern, Zukunft gestalten« und trägt dazu bei, Brücken zwischen Zivilgesellschaften in Asien und Europa zu bauen. Sie setzt sich ein für die Verwirklichung der Menschenrechte, für die Stärkung gesellschaftlicher und politischer Teilhabe, sowie für soziale Gerechtigkeit und den Schutz der Umwelt.

Impressum

V. i. S. d. P.:

Monika Schlicher / Stiftung Asienhaus
Hohenzollernring 52 | 50672 Köln | Germany
Tel.: 0221–71 61 21-11

Email: monika.schlicher@asienhaus.de

Web: <http://www.asienhaus.de>

Gesamtausstattung:

Klartext Medienwerkstatt GmbH

(<http://www.k-mw.de>)

Dieses Werk ist unter der Creative-Commons-Lizenz 4.0 (CC BY-SA 4.0) veröffentlicht.